

TEIL 1: NEUAUSRICHTUNG DER GEWÄSSER-BEWIRTSCHAFTUNG

1 Einführung in die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)

Die folgenden Ausführungen sind für diejenigen Leser und Nutzer des Handbuchs gedacht, die bisher keine Gelegenheit hatten, sich mit der WRRL vertraut zu machen. Es werden daher kurz wesentliche Inhalte der Richtlinie erläutert, die den Einstieg in die Bedeutung der WRRL erleichtern sollen. Die konkrete Vorgehensweise bei der praktischen Umsetzung wird in den Teilen 2 (organisatorisch) sowie 3 und 4 (fachlich) des Handbuchs beschrieben.

1.1 Grundsätze der WRRL

Die WRRL strebt einen integrierten Gewässerschutz an. Demnach

- sind sowohl Oberflächengewässer als auch das Grundwasser zu schützen,
- wird der Gewässerschutz qualitativ und quantitativ angegangen und
- es erfolgt eine ökologische und eine ökonomische Betrachtungsweise.

Als Haupteinheit für die Bewirtschaftung definiert die WRRL so genannte Flussgebietseinheiten. Diese bestehen aus einem oder mehreren benachbarten Einzugsgebieten und den ihnen zugeordneten Grundwässern und Küstengewässern. Unter einem Einzugsgebiet wird dabei ein Gebiet verstanden, aus welchem über Ströme, Flüsse und möglicherweise Seen der gesamte Oberflächenabfluss an einer einzigen Flussmündung, einem Ästuar oder Delta ins Meer gelangt. Damit orientiert sich die WRRL an den hydrologischen Gegebenheiten und stellt das Gewässer als natürliche Einheit in den Mittelpunkt der Betrachtung. In der Konsequenz erfolgt das Flussgebietsmanagement heute über die bestehenden politischen und administrativen Grenzen hinweg. Dies erfordert ein hohes Maß und Abstimmung und Koordination zwischen den beteiligten Behörden, Ländern und Mitgliedstaaten (vgl. Art. 2, 5, 11, 13 WRRL).

In Deutschland gibt es 10 Flussgebietseinheiten. Hessen hat Anteil an den Flussgebietseinheiten Rhein und Weser, und ist fünf Bearbeitungsgebieten bzw. drei Koordinierungsräumen zugeordnet.

Nach der WRRL sind Einleitungen in Oberflächengewässer nach dem kombinierten Ansatz zu begrenzen (Art. 10 WRRL). Dies bedeutet, dass die in EU-Richtlinien genannten Emissionsbegrenzungen einzuhalten sind. Ergeben sich aufgrund der festgelegten Qualitätsziele strengere Anforderungen, sind die Emissionsbegrenzungen strenger festzulegen.

1.2 Ziele der WRRL

Ziel der WRRL ist die Erreichung bzw. der Erhalt eines guten Zustands des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer bis Ende 2015. Dies bedeutet:

- für die oberirdischen Gewässer einen zumindest guten ökologischen und chemischen Zustand,
- für das Grundwasser einen zumindest guten chemischen und mengenmäßigen Zustand.

Oberflächengewässer und Grundwasser sollen demnach geschützt, verbessert und saniert werden. Eine Verschlechterung des Zustands der oberirdischen Gewässer und des Grundwassers ist zu verhindern.

Die Einleitung von Schadstoffen in das Grundwasser ist zu verhindern oder zu begrenzen. Ergänzend sollen ansteigende Trends von Schadstoffkonzentrationen umgekehrt werden (s.a. § 33a WHG).

Für künstliche und erheblich veränderte Gewässer wird als Ziel das gute ökologische Potenzial formuliert (vgl. Art. 2, 4 WRRL).

Künstliche Gewässer sind von Menschenhand geschaffene Oberflächenwasserkörper und damit vergleichsweise leicht zu identifizieren. Die Ausweisung von Gewässern als erheblich verändert muss dagegen in einem differenzierten Verfahren erfolgen. Voraussetzung ist zunächst die erhebliche Veränderung des Gewässers in seinem Wesen durch physikalische Veränderungen durch den Menschen. Weitere Voraussetzung ist, dass

- die hydromorphologischen Veränderungen, also z.B. ein naturnaher Rückbau des Gewässers, die zum Erreichen des guten ökologischen Zustands erforderlich wären, signifikant negative Auswirkungen auf die Umwelt im weiteren Sinne oder bestimmte Nutzungen des Menschen hätten und
- keine bessere Umweltoption für die Nutzungen besteht, denen die Veränderung des Gewässers dient (Art. 4 Abs. 3 WRRL).

Daneben lässt die Richtlinie verschiedene Ausnahmen in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht von dem oben genannten Ziel des guten Zustands zu.

Die grundsätzlichen Kriterien zur Bewertung des Zustands der Gewässer werden in Anhang V WRRL aufgeführt:

Oberflächengewässer

Bei den Oberflächengewässern werden die Kategorien Flüsse, Seen, Übergangs- und Küstengewässer sowie künstliche und erheblich veränderte Gewässer unterschieden.

Der ökologische Zustand wird über differenzierte biologische (vorrangig), hydromorphologische (unterstützend) sowie chemische und chemisch-physikalische (unterstützend) Qualitätskomponenten beschrieben. Die Bewertung erfolgt in einem fünfstufigen Klassifikationssystem mit den Stufen sehr gut, gut, mäßig, unbefriedigend und schlecht durch Vergleich mit einem gewässertypspezifischen Referenzzustand. Die Referenzbedingungen entsprechen

der normativen Beschreibung des sehr guten ökologischen Zustands und sind mit dem weitgehend potenziell natürlichen Zustand gleichzusetzen.

Der chemische Zustand wird anhand von Umweltqualitätsnormen mit EU-weiter Gültigkeit bestimmt. Dabei sind die Qualitätsziele einschlägiger Gewässerschutzrichtlinien maßgeblich. Weiterhin sind für die so genannten prioritären Stoffe und die prioritären gefährlichen Stoffe noch Umweltqualitätsnormen festzulegen. Es erfolgt eine einfache Klassifikation in Abhängigkeit davon, ob die relevanten Umweltqualitätsnormen eingehalten werden oder nicht.

Grundwasser

Das Ziel des „guten mengenmäßigen Zustand“ für den Grundwasserbereich wird erreicht, wenn keine Übernutzung des Grundwassers stattfindet. Maßgeblicher Parameter für die Beurteilung des mengenmäßigen Zustandes ist der Grundwasserspiegel.

Der „gute chemische Zustand“ gilt als erreicht, wenn im Grundwasser keine Anzeichen für einen anthropogen bedingten Zustrom von Salzwasser zu erkennen ist und die nachgewiesenen Stoffkonzentrationen diejenigen Qualitätsnormen nicht überschreiten, die in anderen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft für Grundwasser gelten. Derzeit setzen auf EU-Ebene nur die Nitrat- und die Pflanzenschutzmittelrichtlinie Qualitätsnormen für das Grundwasser. Weiterhin muss die Grundwasserqualität gemäß WRRL so sein, dass keine negativen Auswirkungen auf die mit dem Grundwasser in Verbindung stehenden Oberflächengewässer und Landökosysteme zu besorgen sind.

Nach Artikel 17 WRRL ist die EU-Kommission verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren nach In-Kraft-Treten der WRRL eine Grundwasser-Richtlinie vorzulegen, in der Kriterien für die Bestimmung des guten chemischen Zustands sowie die Bestimmung von Trends und die Trendumkehr konkretisiert werden sollen. Im Juni 2005 wurde im Umweltrat der Europäischen Gemeinschaft eine politische Einigung mit qualifizierter Mehrheit (Ablehnung durch D, I, HU und S) zur Grundwasser-Richtlinie erzielt. Die zweite Lesung zum Richtlinientext im Europäischen Parlament wird voraussichtlich im Frühjahr 2006 stattfinden. Sofern es dann nicht zu einem Vermittlungsverfahren kommt, kann die Grundwasser-Richtlinie im Sommer 2006 verabschiedet werden.,

1.3 Instrumente der WRRL

Überwachung

Zur Überwachung des Zustands der Gewässer sind bis spätestens Ende 2006 Programme aufzustellen (vgl. Art. 8 WRRL). Dabei sind verschiedene Arten der Überwachung vorgesehen (vgl. Anhang V WRRL). Für den ökologischen und chemischen Zustand der Oberflächengewässer und den chemischen Zustand des Grundwassers sind eine überblicksweise und eine operative Überwachung vorgesehen.

Die überblicksweise Überwachung hat im Wesentlichen zwei Funktionen:

- Ergänzung und Validierung der Verfahren für die Beurteilung der Auswirkungen anthropogener Belastungen (die im Rahmen der Bestandsaufnahme zu ermitteln sind),
- Bewertung langfristiger Veränderungen der natürlichen Bedingungen oder aufgrund menschlicher Einwirkungen.

Die operative Überwachung wird mit dem Ziel durchgeführt,

- den Zustand der Wasserkörper zu bestimmen, bei denen die Bestandsaufnahme oder die Ergebnisse der überblicksweisen Überwachung ergeben haben, dass die Ziele der WRRL möglicherweise nicht erreicht werden,
- auf Maßnahmenprogramme zurückgehende Veränderungen am Zustand derartiger Wasserkörper zu bestimmen,
- das Vorhandensein langfristiger anthropogener Trends der Zunahme der Schadstoffkonzentration im Grundwasser festzustellen.

Für die Oberflächengewässer ist weiterhin die Überwachung zu Ermittlungszwecken vorgesehen. Sie wird in Einzelfällen durchgeführt,

- wenn die Gründe für die Überschreitungen von Umweltqualitätsnormen unbekannt sind,
- um Ausmaß und Auswirkungen unbeabsichtigter Verschmutzungen festzustellen,
- in bestimmten Fällen ergänzend zur überblicksweisen Überwachung.

Maßnahmenprogramm

Bis spätestens Ende 2009 sind für jede Flussgebietseinheit Maßnahmenprogramme aufzustellen, um die Ziele der WRRL zu verwirklichen. Dabei werden grundlegende Maßnahmen, welche die zu erfüllenden Mindestanforderungen beinhalten, und ergänzende Maßnahmen unterschieden (vgl. Art. 11 WRRL).

Anhang VI WRRL nennt in Teil A eine Auflistung von Richtlinien, die als Grundlage für Maßnahmen dienen. Teil B enthält eine beispielhafte Aufzählung von möglichen ergänzenden Instrumenten und Maßnahmen.

Die Maßnahmen müssen spätestens Ende 2012 in die Praxis umgesetzt sein.

Bewirtschaftungsplan

Das Geschehen in den Flussgebietseinheiten wird über umfassende Bewirtschaftungspläne gesteuert. Für alle Flussgebietseinheiten, insbesondere diejenigen, die Grenzen von Staaten überschreiten, wird grundsätzlich die Aufstellung eines einzigen internationalen Bewirtschaftungsplans gefordert. Die Bewirtschaftungspläne sind bis spätestens Ende 2009 zu erstellen und zu veröffentlichen (vgl. Art. 13 WRRL).

Die Inhalte, die der Bewirtschaftungsplan enthalten muss, sind in Anhang VII WRRL aufgeführt. Diese umfassen im Wesentlichen:

- eine allgemeine Beschreibung der Merkmale der Flussgebietseinheit,
- eine Zusammenfassung der signifikanten Belastungen und anthropogenen Einwirkungen auf den Zustand von Oberflächengewässern und Grundwasser,
- Karten der Überwachungsnetze und Darstellung der Ergebnisse der Überwachungsprogramme
- eine Ermittlung und Kartierung der Schutzgebiete,
- eine Liste der Umweltziele und der Fälle, in denen von den Ausnahmetatbeständen Gebrauch gemacht wurde,
- eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen Analyse,
- eine Zusammenfassung des Maßnahmenprogramms einschließlich Angaben zur Zielerreichung,
- Angaben, die mit der Information und Anhörung der Öffentlichkeit in Zusammenhang stehen,
- eine Liste der zuständigen Behörden.

Die Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne sind regelmäßig zu überprüfen und spätestens nach sechs Jahre zu aktualisieren.